

„Ich verstehe mich als Kümmerer“

Interview: Als Regierungsbeauftragter will Edgar Franke Terroropfern und Hinterbliebenen schnell helfen

Von Petra Wettlaufer-Pohl

Der Bundestagsabgeordnete Edgar Franke (SPD) aus Gudensberg (Schwalm-Eder) ist neuer Beauftragter für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen von terroristischen Straftaten im Inland. Das heißt, er ist Ansprechpartner für diejenigen, die bei einem Terroranschlag gesundheitliche Schäden erleiden oder Angehörige verlieren. Wir sprachen mit ihm über seine neue Aufgabe.

Herr Franke, was genau müssen Sie jetzt eigentlich tun?

EDGAR FRANKE: Ich glaube, zunächst ist es wichtig, dass die betroffenen Menschen wissen, dass es da jemanden gibt, der ihnen hilft. Ich verstehe mich als Kümmerer, der im Falle eines Anschlags auf die Menschen zugeht und im Bedarfsfall vermitteln kann. Und dann geht es darum, Strukturen aufzubauen und die Kontakte zu schon existierenden Opferhilfeeinrichtungen zu pflegen. Wir müssen für die Folgen von Anschlägen, wie dem 2016 auf dem Breitscheidplatz in Berlin, bes-

ser gerüstet sein. Das war die wichtigste Lehre, die uns Kurt Beck, der zunächst mit dieser Aufgabe betraut war, in seinem Abschlussbericht als Aufgabe mitgegeben hat.

Was waren denn die größten Problem damals?

FRANKE: Das größte Problem war, dass als zentraler Ansprechpartner niemand sofort zuständig gewesen ist. Und dass die Gesetze offensichtlich nicht passten für solche Notlagen. Viele Betroffene fühlten sich deshalb allein gelassen.

Gibt es denn gar keine Regelungen?

FRANKE: Es gibt ein Opferentschädigungsgesetz, doch das gilt nicht für Sach- oder Vermögensschäden oder Schmerzensgeldansprüche. Ferner gilt das Gesetz beispielsweise nicht für Touristen, die keine EU-Bürger sind. Unter den Opfern damals waren auch zwei Israelis. Auch die Besitzer der beschädigten bzw. zerstörten Stände auf dem Weihnachtsmarkt gingen zunächst leer aus.

Zwar konnte durch die Verkehrsofferhilfe, eine Einrich-

tung der deutschen Autohaftpflichtversicherer, eine Entschädigung gezahlt werden. Sie tritt dann ein, wenn vorsätzlich ein Fahrzeug als „Tatwaffe“ eingesetzt wird. Wir müssen aber auch für andere Fälle gerüstet sein.

Was also muss noch getan werden?

FRANKE: Ziel ist, dass Terroropfer in Zukunft pauschalisierte Soforthilfen aus dem schon bestehenden Härtefallfonds schneller und unbürokratischer nach dem Terroranschlag bekommen.

Wann würden denn verbesserte Gesetze helfen?

FRANKE: Mein Aufgabenbereich bezieht sich klar auf Opfer von Terror im Sinne eines Anschlags auf unser demokratisches Gemeinwesen. Und nicht auf kleinere Anschläge auf beispielsweise Asylbewerberheime, das ist Ländersache. Bei Terror ermittelt der Generalbundesanwalt. Wenn wir die Opferhilfe aber verbessert haben, gelten viele Regeln auch für die Opfer anderer politischer Straftaten. Die Bundesländer-Koordinierung sehe

ich deshalb auch als meine Aufgabe an.

Wie kamen Sie eigentlich dazu?

FRANKE: Ich denke, mein beruflicher Hintergrund als Jurist und Professor an der Hochschule der gesetzlichen Unfallversicherung in Bad Hersfeld spielt eine Rolle, da bin ich gut im Stoff. Es geht zwar vielfach um Versicherungsleistungen, aber im Vordergrund muss immer der Mensch stehen. Das ist auch eine Frage von Lebenserfahrung. Ich war Bürgermeister, da ist der direkte Umgang mit Menschen wichtig.

Haben Sie dabei auch persönliche Unterstützung?

FRANKE: Wir bauen einen Stab im Justizministerium auf, ich habe also jetzt noch einen weiteren Schreibtisch in Berlin.

Weil Sie Abgeordneter bleiben wollen?

FRANKE: Ja. Die Bedeutung des Opferbeauftragten hat die Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung deutlich gemacht. Obwohl ich hoffe, dass es nie

mehr zu Terroranschlägen kommt, müssen wir trotzdem auch in Deutschland für diese Fälle gut gerüstet sein. Mir ist aber gleichzeitig wichtig, meinen Wahlkreis weiter als Abgeordneter zu vertreten und auch gesundheitspolitisch werde ich aktiv bleiben.

Wird die Aufgabe extra bezahlt?

FRANKE: Es gibt eine angemessene Aufwandsentschädigung.

Zur Person

EDGAR FRANKE (58) aus dem Schwalm-Eder-Kreis studierte Politik- und Rechtswissenschaft und promovierte im Kommunalrecht. Franke

war Rektor an der Hochschule der gesetzlichen Unfallversicherung in Bad Hersfeld und Bürgermeister in Gudensberg, wo er auch lebt. Seit 2009 gehört er direkt gewählt – dem Bundestag an. Franke ist verwitwet und hat zwei Töchter. (tpa)



Foto: privat